

Strategie und Politik der NATO in den neunziger Jahren

Eckhard Lübke-meier, geb. 1951 in Bünde (Westf.), Studium der Politikwissenschaft in Bochum, Berlin und USA; 1977 - 80 Auswärtiges Amt; seit Oktober 1980 wiss. Mitarbeiter der Studiengruppe „Sicherheit und Abrüstung“ im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; 1986 - 87 Forschungsaufenthalt an der Harvard Universität, USA.

Strategie und Streitkräfte - wofür?

Militärstrategien und Streitkräfte sind politische Mittel, die immer mehrere Zwecke erfüllen. Häufig denkt man zunächst an ihre Schutzfunktion nach außen: Sie sollen ein Gemeinwesen im Frieden und im Krieg gegen eine äußere Bedrohung schützen. Aber Truppen und ihre Einsatzdoktrinen können natürlich auch aggressiven Zielen dienen, indem sie eine auf Machtausdehnung gerichtete Politik ermöglichen.

Neben dieser defensiven oder offensiven äußeren Funktion haben Militärpotentiale auch innenpolitische Aufgaben. In politischen Systemen, die auf Unterdrückung beruhen, waren und sind sie Instrumente zur Bewahrung von

Zwangsherrschaft. Die brutale Niederschlagung der Freiheitsbewegung in China ist dafür das jüngste Beispiel.

In parlamentarischen Demokratien unterliegt das Militär der Kontrolle durch frei gewählte politische Instanzen. Hier bezieht es seine Legitimation aus der parlamentarisch vermittelten Zustimmung der Bevölkerung. In Demokratien besteht deshalb die innere Funktion des Militärs darin, das Bedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen, die eigene Gesellschaftsordnung gegen eine äußere Bedrohung zu schützen.

Mehr oder (meistens) weniger ausgesprochen dienen Streitkräfte in den kapitalistischen Marktwirtschaften des Westens aber auch noch anderen Zwecken. In der Rüstungsindustrie geht es um Profite und Arbeitsplätze; durch Rüstungsexporte werden Devisen erwirtschaftet; staatlich unterstützte Rüstungsprojekte, an denen mehrere Länder beteiligt sind, sollen die internationale Zusammenarbeit fördern; mit staatlichen Forschungs- und Entwicklungsgeldern für Rüstungsgüter wird Industrie- und Strukturpolitik betrieben. So wichtig diese Funktionen im Einzelfall auch sein mögen, letztlich sind sie jedoch den beiden erstgenannten untergeordnet: Ohne äußere Bedrohung und ohne ein Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wären unproduktive, kostspielige Militärpotentiale in einer Demokratie nicht überlebensfähig.

Daneben müssen Streitkräfte immer dann einen dritten wichtigen Zweck erfüllen, wenn sie Teil eines Bündnisses sind. Eine demokratische Vereinigung wie die NATO beruht auf der Übereinstimmung aller Partner. Ihre nationalen Militärpotentiale müssen deshalb dazu beitragen, diesen Zusammenhalt zu festigen. Die NATO-Streitkräfte und die sie anleitende NATO-Strategie haben also drei Hauptfunktionen: Schutz gegen äußere Bedrohung, Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung und Bewahrung der Solidarität zwischen den Bündnispartnern.

Alle Ziele gleichzeitig zu erreichen kann schwierig sein. Meinungsverschiedenheiten können sich schon daran entzünden, wie stark die politisch-militärische Bedrohung ist, die vom Osten ausgeht. Oft wird in diesem Zusammenhang zwischen politischen Absichten und militärischen Fähigkeiten unterschieden. So erklären NATO-Vertreter heute immer wieder, daß man der Sowjetunion unter der Führung von Michail Gorbatschow keine aggressiven Absichten unterstelle; im gleichen Atemzug wird jedoch auf ihr nach wie vor gewaltiges Militärpotential hingewiesen, das weiterhin durch eigene Verteidigungsanstrengungen in Schach gehalten werden müsse.

An diesem Argument ist richtig, daß Friedenspolitik und Hochrüstung auf Dauer nicht zwei Seiten einer Medaille sein können: Wer vom Frieden redet und Überrüstung betreibt, verliert seine Glaubwürdigkeit. Umgekehrt würde aber gerade die NATO für sich in Anspruch nehmen: Wer nur zu seinem Schutz rüstet, führt nichts Böses im Schilde. Das macht deutlich, wie stark die Wahrnehmung einer äußeren Bedrohung abhängig ist von den Absichten, die man der Gegenseite unterstellt. Wenn sich heute mehr als zwei Drittel der

Bundesbürger durch die UdSSR nicht mehr militärisch bedroht fühlen, obgleich sich die *militärische* Lage in Europa noch nicht entscheidend geändert hat, ist dies maßgeblich auf das hohe Vertrauen zurückzuführen, das Michail Gorbatschow bei uns genießt.

Aber nicht nur die Einschätzung der Absichten des Gegners, sondern auch seiner militärischen Fähigkeiten wird durch subjektive Annahmen geprägt. Wer welche Waffen und Soldaten wo hat, ist heute im wesentlichen bekannt. Für das militärische Kräfteverhältnis in Europa sind jedoch viele andere Faktoren mitentscheidend: die Qualität von Waffensystemen; das Ausbildungsniveau und die Moral von Truppen; die Zuverlässigkeit von Bündnispartnern; geographische Bedingungen; die Verwundbarkeit zentraler Einrichtungen wie Flugplätze, Verkehrsknotenpunkte und Führungsstäbe; die Haltung der Zivilbevölkerung im Krieg. Alle diese Einflüsse lassen sich kaum oder gar nicht messen und gewichten. Da man sie aber nicht unberücksichtigt lassen kann, ist es nicht verwunderlich, daß selbst die militärischen Fähigkeiten der Gegenseite unterschiedlich beurteilbar sind.

Darin liegt auch ein Grund, warum es Probleme geben kann, daß Streitkräfte ihrer zweiten Hauptfunktion gerecht werden. Die Bevölkerung will sich sicher fühlen, aber Armeen kosten Geld, können spürbare Belastungen mit sich bringen (Tiefflüge, Manöver), und das Wettrüsten behindert politische Entspannung. Wie weit die Bereitschaft geht, diese materiellen und immateriellen Kosten zu tragen, wird entscheidend von der Beurteilung der äußeren Bedrohung bestimmt: Wer sich stark bedroht fühlt, ist in der Regel bereit, mehr für militärische Vorsorge auszugeben als derjenige, der die Absichten und/oder Fähigkeiten des Gegners weniger pessimistisch einschätzt.

Eine ähnliche Verbindung besteht zwischen der politischen Einheit eines Bündnisses und der äußeren Bedrohung. Wird sie von den Partnern als hoch angesehen, rückt man zusammen; läßt die Bedrohung nach, sinkt auch die Bereitschaft, zugunsten der Geschlossenheit des Bündnisses eigene Interessen hintanzustellen.

Staaten schließen sich militärisch zusammen, weil sie glauben, daß ein Beistandsversprechen zugunsten eines anderen Staates ihrem eigenen Schutz dient. Bündnisverpflichtungen gelten daher nur solange, wie sie mit dem eigenen Überlebensinteresse vereinbar sind. Das kann es für Streitkräfte schwierig machen, ihre dritte Funktion zu erfüllen. Denn einerseits sind einem Bündnis zugeordnete Waffen und Soldaten Ausdruck gegenseitiger Solidarität; andererseits jedoch weiß jeder Bündnispartner, daß ihr Einsatz letztlich an nationale Interessen gebunden bleibt, die nicht übereinstimmen müssen.

Bezogen auf die NATO zeigt sich dieser doppeldeutige Charakter von Streitkräften besonders deutlich im Falle der bei uns stationierten amerikanischen Nuklearwaffen. Auf ihrem Brüsseler Gipfeltreffen Ende Mai 1989 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO ein „Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung“ verabschiedet, in dem diese Waffen als ein „wesent-

liches politisches und militärisches Bindeglied" zwischen den USA und ihren europäischen Alliierten bezeichnet werden. Für viele Gegner der „Nachrüstung“ und Befürworter weiterer Null-Lösungen waren und sind sie jedoch Symbole für das Interesse der USA, einen Krieg im Ernstfall auf den „Schießplatz Europa“ zu begrenzen. Andere fühlen sich durch sie eher bedroht als geschützt, weil sie Ziele für sowjetische Atomwaffen bildeten oder wegen ihrer Stationierung auf dem Schlachtfeld die politische Führung unter Druck setzen könnten, ihren Einsatz frühzeitig freizugeben.

Die Strategie der NATO

Die geltende NATO-Strategie der flexiblen Erwidern hat zwei wesentliche Ziele: einen Krieg zu verhindern oder ihn nach Ausbruch rasch zu beenden. Kriegsverhütung beziehungsweise Kriegsbeendigung will die Strategie durch die Androhung beziehungsweise Ausführung von drei Reaktionsarten auf einen östlichen Angriff erreichen. Auf der Ebene der *Direktverteidigung* würde die NATO auch mit Atomwaffen auf einen ebenfalls unter Einschluß von Atomwaffen gefühlten Angriff antworten. Einen rein konventionell vorgetragenen Angriff würde man versuchen, zunächst nur mit konventionellen Mitteln zurückschlagen. Hätte diese Direktverteidigung keinen Erfolg, droht die NATO mit der *Vorbedachten Eskalation* oder dem Ersteinsatz von Atomwaffen. Das politische Hauptziel dieses wie auch weiterer begrenzter Kernwaffeneinsätze wäre, das Risiko und die Kosten des Gegners so hoch zu schrauben, daß er seine Aggression abbricht und sich zurückzieht. Für den Fall eines massiven Kernwaffenschlags droht die Allianz drittens mit der *Allgemeinen Nuklearen Reaktion* durch die strategischen Atomwaffen der USA (Interkontinentalraketen und Fernbomber).

Nach herrschender Auffassung besteht die Flexibilität dieser Strategie darin, daß sich die NATO die Art der Reaktion auf einen Angriff nicht vorschreiben läßt und sich vorbehält, eine drohende Niederlage durch eine Ausweitung oder Intensivierung des Konflikts abzuwenden, notfalls auch mit Hilfe von Atomwaffen. Bei den Mitteln, die die NATO zur Ausführung ihrer Strategie bereit hält, wird ebenfalls zwischen drei Kategorien unterschieden: konventionelle Streikkräfte, substrategische (amerikanische, in Europa stationierte atomare Waffen und Sprengköpfe) und strategische Kernwaffen.

Zwischen den NATO-Partnern wie auch in der innergesellschaftlichen Diskussion sind die Mittelstücke der beiden Triaden aus Reaktionsarten und Waffensystemen immer besonders umstritten gewesen. So haben die USA stets auf eine Verstärkung der konventionellen Direktverteidigungskräfte gedrängt, um das mit einer vorbedachten (atomaren) Eskalation verbundene Risiko eines auch sie erfassenden Atomkrieges zu verringern. Von europäischer und nicht zuletzt deutscher Seite ist demgegenüber vor dem Hintergrund zweier konventioneller Weltkriege und der eigenen unmittelbaren territorialen Betroffenheit im Kriegsfall die Brüchigkeit konventioneller Abschreckung betont worden.

Das Setzen auf nukleare Abschreckung hatte und hat jedoch eine ungeliebte Kehrseite. Denn der Preis für die an die USA gerichtete Aufforderung, Washington für Bonn zu riskieren, ist der legitime Anspruch des amerikanischen Präsidenten, dies so zu tun, daß eine sowjetische Vergeltung zunächst Bonn, aber hoffentlich nicht Washington treffen würde. Die Mittel dazu wären die substrategischen Atomwaffen, die aufgrund ihres nicht-strategischen Charakters und der Art, wie sie wahrscheinlich eingesetzt würden (also Verschoonung sowjetischen Territoriums), ein amerikanisches Interesse an einer Begrenzung des Konflikts signalisieren würden.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich NATO-interne Kontroversen häufig an der Rolle und den Risiken von nuklearen Eskalationsdrohungen und substrategischen Nuklearwaffen entzündet haben. Der vor kurzem auf dem Brüsseler NATO-Gipfel notdürftig geschlichtete Streit um die Kurzstreckenraketen liefert dafür das letzte Beispiel. Aber die Tatsache, daß sich die Bündnispartner wegen ein paar Raketen mehr oder weniger derart in die Haare geraten sind, deutet darauf hin, daß die Auseinandersetzung tiefere Ursachen hat. Ihre Aufdeckung erklärt zugleich, warum es für die geltende Strategie und die für sie bereitgestellten Mittel schwieriger geworden ist, ihre drei Hauptfunktionen gleichermaßen zu erfüllen.

Herausforderungen

Was der NATO heute zu schaffen macht, ist das Zusammentreffen von vier Entwicklungen. Die erste ist die Außenpolitik des „Neuen Denkens“ auf sowjetischer Seite. Sie folgt drei Leitlinien: (a) Sicherheit ist nicht mehr auf Kosten des anderen, sondern nur noch gemeinsam mit ihm zu erreichen; (b) Friedenssicherung und Friedensgestaltung werden zunehmend zu Aufgaben, die mit politischen, auf Zusammenarbeit gerichteten Mitteln zu lösen sind; und (c) Militärpolitik hat sich an Kriegsverhinderung durch Abrüstung und defensive Rüstung statt - wie in der Vergangenheit - an offensiven Kriegsführungskonzepten zu orientieren.

Moskau hat diesem „Neuen Denken“ Taten folgen lassen: Der Vertrag über die Mittelstreckenraketen, in dem die UdSSR den Grundsatz anerkannt hat, daß wer mehr hat, auch mehr abrüsten muß; die inzwischen eingeleitete einseitige Verringerung der sowjetischen Streitkräfte um 500 000 Mann, darunter der Abzug von 50 000 Mann und 5 000 Panzern aus Osteuropa; der Rückzug aus Afghanistan; die Bereitschaft zur konstruktiven Mitwirkung bei der Beilegung von Konflikten in der Dritten Welt (Angola/Namibia, Vietnam/Kambodscha).

Ebenso wichtig sind die Veränderungen in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Staaten (Ungarn, Polen). In unterschiedlichem Tempo vollzieht sich in diesen Ländern eine Entwicklung in Richtung auf mehr Markt und weniger Plan, mehr Demokratie und weniger Macht für die kommunistischen Parteien, mehr individuelle Freiheiten und weniger kollektive Gänge-

lung. Niemand, auch nicht die östlichen Machthaber selbst, kann vorhersagen, wie weit dieser Prozeß gehen wird. Sein Erfolg wird vor allem davon abhängen, daß die wirtschaftliche Umgestaltung (Perestroika) für den einzelnen bald Früchte trägt. Gerade hier hat es jedoch noch keine spürbaren Verbesserungen und zum Teil sogar Rückschläge gegeben.

Trotz dieser Ungewißheit über den Fort- und Ausgang der inneren Reformen ist aber nicht damit zu rechnen, daß die Sowjetunion in eine Außenpolitik der Konfrontation zurückfällt. Ausschließen läßt sich dieser schlimmste Fall zwar nicht, und der Westen muß auch darauf vorbereitet sein; was ihn jedoch unwahrscheinlich macht ist die Beobachtung, daß die Veränderungen in der UdSSR nicht das Werk und der Wille eines einzelnen Mannes sind. Die Reformkur, die Michail Gorbatschow seinem Land verordnet hat, wird getragen von der Mehrheit der Partielite, die erkannt hat, daß die UdSSR eine militärische Supermacht auf tönernen Füßen ist. Statt aufzuholen ist sie gegenüber dem Westen wirtschaftlich und technologisch zurückgefallen, und weil sie den Staaten der Dritten Welt kaum etwas zu bieten hat, verliert sie auch dort an Einfluß. In dieser Lage braucht die Sowjetunion Ruhe an der außenpolitischen Front zwecks wirtschaftlich-technologischer Zusammenarbeit mit dem Westen, und sie muß die drückende Last ihrer Verteidigungsausgaben (ca. 15 Prozent des Bruttosozialprodukts gegenüber 6 Prozent in den USA und 3 Prozent bei uns) verringern, um ihre Zivilwirtschaft zu modernisieren.

Abrüstung und defensive Umrüstung bleiben also voraussichtlich vorrangige Ziele sowjetischer Außenpolitik. Das wird zu einer weiter verblassenden östlichen Bedrohung und damit jener Gefahr führen, die abzuwenden bisher das stärkste Bindemittel der NATO gewesen ist.

Parallel zu dem Rückgang der „alten“ militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt kommen „neue“ Gefährdungen auf: Umweltverschmutzung, Ozonloch, mögliche Klimaveränderungen (Treibhauseffekt), Verelendung und Verschuldung der Dritten Welt, Verbreitung von Nuklearwaffen und Raketentechnologie in Entwicklungsländern, AIDS, Terrorismus und Drogenhandel. Für sich genommen sind die meisten dieser Probleme nicht neu, aber zusammen bilden sie eine Herausforderung an alle Staaten, die nur durch Zusammenarbeit zu bewältigen sein wird. Auch dies macht Abrüstung noch dringlicher und vermindert die Bedeutung der Militärbündnisse in Ost und West.

Drittens haben sich die Gewichte innerhalb der NATO verschoben. Die Westeuropäer sind zu einem vollwertigen wirtschaftlichen Konkurrenten der USA aufgestiegen, und durch ihren Zusammenschluß in der EG können sie ihr wirtschaftliches Potential Washington gegenüber zur Geltung bringen. Diese Tendenz könnte sich durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und die Abwertung der militärischen Machtwährung verstärken. Die Unzufriedenheit beider Seiten mit der Lasten- und Einflußverteilung im Bündnis

(aus amerikanischer Sicht wollen die Europäer mehr Einfluß, ohne mehr zahlen zu wollen, aus europäischer Sicht wollen die USA weniger zahlen, ohne Macht abzugeben) würde dann weiter wachsen.

Die vierte Entwicklung ist eng verbunden mit dem Verblässen der östlichen Bedrohung, setzte aber bereits früher ein. Die NATO-Strategie trifft auf Akzeptanzprobleme in der bundesdeutschen Bevölkerung, die vor allem mit ihrer Nuklearlastigkeit zusammenhängen. Die NATO setzt auf Kernwaffen, weil ihre Regierungen überzeugt sind, daß „konventionelle Verteidigung allein die Abschreckung nicht sicherstellen kann“ (Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung). Die Bundesbürger denken anders. Die These, daß „auch in absehbarer Zukunft die Sicherheit der Bundesrepublik und Westeuropas vor einem Angriff der Sowjetunion nur durch die atomare Abschreckung erhalten bleiben kann“, wurde 1988 von 41 Prozent verneint (1986: 34 Prozent) und von nur 32 Prozent bejaht (1986: 37 Prozent).¹

Das Unbehagen vieler Bürger über nukleare Abschreckung rührt zum einen daher, daß die meisten der ca. 4 000 in Europa stationierten US-Kernwaffen in unserem kleinräumigen Land gelagert werden. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch der beschriebene Doppel-Charakter dieser Waffen: einerseits sichtbarer Ausdruck der amerikanischen nuklearen Beistandszusage, andererseits ebenso unübersehbarer Beleg für unsere Abhängigkeit von einem Verbündeten, der im Ernstfall sein eigenes Überleben über unsere Unversehrtheit stellen müßte.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wie wichtig das Bild ist, daß die Bundesbürger von den USA haben. Wer ihnen vertraut, wird in der Regel bei uns stationierten US-Kernwaffen positiver gegenüberstehen als jemand, der eher mißtrauisch ist. Zwar gibt es in der Bundesrepublik keinen nennenswerten Anti-Amerikanismus, aber die Politik der Vereinigten Staaten wird heute kritischer beurteilt, nicht zuletzt von jüngeren Bundesbürgern und solchen mit höherem Bildungsgrad. Der Vietnam-Krieg, Watergate, die Iran-Contra-Affäre, die Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik der ersten Reagan-Regierung - das sind nur einige Stichworte, die diese Entwicklung erklären.

Darüber hinaus wird unter dem Eindruck der sowjetischen Politik des „Neuen Denkens“ auch die konventionelle Seite der militärischen Konfrontation in Europa zunehmend als drückend empfunden. In der Bundesrepublik sind neben 500 000 Bundeswehr-Soldaten fast 400 000 Mann alliierte Truppen stationiert, die zusammen mit ihren Waffen die höchste Konzentration militärischer Einrichtungen auf dem Boden eines NATO-Staates hervorrufen. Die Wehrdienstbereitschaft sinkt, wie eine Kriegsdienstverweigerungsquote von mittlerweile 12 Prozent und eine Ausfallquote von einem Drittel bei Wehrübungen anzeigen. Auch Tiefflüge und Manöver belasten das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Bevölkerung.

¹ SINUS, Sowjetische und amerikanische Politik im Urteil der Deutschen in der Bundesrepublik. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung und des STERN, Bonn 1988, S. 37.

Antworten

Wie kann und sollte den vier Herausforderungen begegnet werden? Wer nach Antworten sucht, muß sich zunächst einer weiteren Frage stellen: Wenn es richtig ist, daß die östliche Bedrohung zurückgeht, „neue“ nicht-militärische Gefährdungen zunehmen, Westeuropa sein wirtschaftliches Gewicht gegenüber den USA politisch stärker zur Geltung bringen wird und die NATO-Strategie bei uns auf schwerwiegende Akzeptanzprobleme trifft — ist die NATO dann Teil der Antwort oder Teil des Problems?

Kurz gesagt: Sie bleibt Teil der Antwort, aber sie könnte auch Teil des Problems sein. Die NATO als institutionelle Absicherung des Bündnisses zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten bleibt aus drei Gründen notwendig. Erstens weiß man nicht, wie der Wandlungsprozeß in Osteuropa verlaufen wird. Zwar gibt es aus den dargelegten Gründen Anlaß zu Optimismus, daß der Abbau der Konfrontation in Europa weitergehen wird, aber der Weg zu einer stabilen Friedensordnung des friedlichen Systemwettbewerbs führt über Abrüstung und wachsendes Vertrauen auf der Grundlage einer militärischen Rückversicherung.

Zweitens brauchen der Westen wie der Osten für den in Gang gekommenen Prozeß kontrollierter Abrüstung und Umrüstung einen institutionellen Rahmen, um sich intern und im Verhältnis zueinander abzustimmen. Gerade diese politische Rolle von NATO und Warschauer Pakt wird wichtiger werden.

Der dritte Grund wird seltener erwähnt, aber es macht auch in diesem Fall keinen Sinn, die Augen zu verschließen. Die NATO wurde nicht nur zur Eindämmung der Sowjetunion, sondern auch der Deutschen gegründet. Wie schwer die Vorstellung einer aus den Fesseln militärischer Abhängigkeit befreiten „Wirtschaftsmacht Deutschland“ manchen unserer Verbündeten noch immer im Magen liegt, hat die jüngste innerwestliche Kontroverse um die Kurzstreckenraketen gezeigt. Für sie wie auch für manche Osteuropäer ist die Einbindung der Bundesrepublik in die NATO weiterhin ein Stabilitätsfaktor. Das sollte man in Rechnung stellen, zugleich jedoch selbstbewußt Verdächtigungen deutscher Unberechenbarkeit oder Großmannssucht zurückweisen.

Deutsche Sicherheitspolitik wird also in absehbarer Zukunft wie bisher im und mit dem Bündnis zu gestalten sein. Sie muß dabei jenen drei Funktionen gerecht werden, die eingangs für die Strategie und Streitkräfte der NATO entwickelt worden sind.

Sicherheitspolitik umfaßt neben der Abschreckungsaufgabe von Militärpotentialen einseitige und beiderseitige Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die Aussichten, daß Ost und West Schutz immer weniger durch Abschreckung und immer mehr durch Abrüstung suchen werden, haben sich in der letzten Zeit stark verbessert.

In Wien laufen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, deren Ziel die Beseitigung von Fähigkeiten zu Überraschungsangriffen und

großangelegten Offensiven ist. Die Vorstellungen von NATO und Warschauer Pakt haben sich schon nach kurzer Zeit so weit angenähert, daß ein baldiges erstes Abkommen über die Verringerung von Panzern, Kampffahrzeugen, Artillerie, Kampfhubschraubern, Flugzeugen und Personal möglich erscheint. Den Löwenanteil würde der in fast allen Bereichen zahlenmäßig weit überlegene Osten tragen, während die Bestandsverminderungen auf westlicher Seite nur zwischen 10 und 15 Prozent ausmachen würden. Angesichts der erklärten Bereitschaft des Ostens sollte die NATO deshalb bald einen Vorschlag für weitergehende Reduzierungsschritte auch auf ihrer Seite vorlegen.

Eine solche Initiative würde es ihr vor allem in der Bundesrepublik erleichtern, die öffentliche Unterstützung für ihre Politik zu verbreitern. Für die Erfüllung dieser zweiten Funktion von Sicherheitspolitik wäre es jedoch ebenso wichtig, die nukleare Abrüstung weiterzuführen, um dem Unbehagen vieler Bundesbürger über die Nuklearlastigkeit der bestehenden Strategie entgegenzukommen.

Wie weit ein solcher Entnuklearisierungsprozeß gehen könnte, hängt allerdings nicht nur von der UdSSR ab. Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik muß, entsprechend ihrer dritten Hauptaufgabe, berücksichtigen, daß sie Mitglied der NATO ist und bleiben sollte. Das Bündnis lebt vom Konsens und Kompromiß, das heißt, die gemeinsame Politik muß den Kerninteressen jedes Mitglieds Rechnung tragen, aber jeder muß auch bereit sein, Rücksicht auf den anderen zu nehmen.

Wie der letzte NATO-Gipfel gezeigt hat, sperren sich unsere Hauptverbündeten USA, Großbritannien und Frankreich gegen weitere Null-Lösungen bei Kernwaffen im Anschluß an den Vertrag über die vollständige Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenraketen. Sie haben sich zwar mit Verhandlungen nach Beginn vertraglich vereinbarter konventioneller Abrüstung einverstanden erklärt, wollen aber auf amerikanische Nuklearwaffen in Europa nicht vollständig verzichten.

Daraus folgt nicht, daß, wer Ja zur NATO sagt, auch Ja zu dieser Haltung der westlichen Nuklearwaffenmächte sagen muß. Als Hauptstationierungsland von fremden Atomwaffen und aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts nimmt die Bundesrepublik im Westen eine Schlüsselstellung ein. Aber so wenig sie sich von anderen vorschreiben lassen kann, was in ihrem Sicherheitsinteresse liegt, so wenig kann sie ihnen entsprechende Vorschriften machen. Konkret heißt das: Falls insbesondere die USA weitere Null-Lösungen ablehnen, sollte die Bundesrepublik nur dann bereit sein, dies hinzunehmen, wenn alle Nuklearwaffen in Verhandlungen einbezogen werden, der Westen notfalls auch einseitig seine atomare Artillerie abbaut und zwischen Ost und West Regeln über die Modernisierung des Restbestands vereinbart werden.

Wer für Abrüstung und defensive Umrüstung eintritt, sollte aber nicht vergessen, daß Waffen letztlich Kriege weder verursachen noch verhindern.

Einerseits können sie Spannungen verschärfen und Krisen gefährlicher machen, andererseits können sie abschreckend wirken. Entscheidend ist der politische Wille, die Verhältnisse in und zwischen den Staaten so zu gestalten, daß Frieden allen nützt und Krieg allen schaden würde. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Hauptforderungen der Französischen Revolution von 1789 sind daher heute, 200 Jahre später und 50 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, auch friedenspolitisch so aktuell wie eh und je.